

Direktion des Innern Kt. Zug
Neugasse 2
Postfach 146
6300 Zug

Walchwil, 30. Oktober 2008

Vernehmlassung: Teilrevision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen WAG

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP des Kantons Zug reicht die folgende Vernehmlassungsantwort zur angestrebten Teilrevision des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen (WAG) ein.

Allgemeines

Die SVP ist überrascht, dass knapp zwei Jahre nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes und ohne praktische Erfahrungen bei gemeindlichen und kantonalen Wahlen das Gesetz bereits derart tief greifend revidiert werden muss.

Auch die SVP des Kantons Zug ist mit dem aktuellen Gesetz nicht vollends zufrieden, und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen zumindest teilweise. Die SVP hat die Erwartung, dass nach dieser Anpassung nicht gleich die nächste Revision des WAG in Angriff genommen wird. Insbesondere verweisen wir darauf, dass die Diskussion der Proporzgestaltung (Pukelsheim) als auch des Majorzes für die Exekutivämter bereits anlässlich der letzten WAG-Reform von 2006 in der vorbereitenden Kommission wie auch im Rat ausgiebig geführt wurde.

Die SVP befürwortet eine schnelle Gesetzesrevision, damit die Ausgangslage für die kantonalen Erneuerungswahlen 2010 möglichst rasch geklärt werden kann.

Listenverbindungen

Die Abschaffung des Listenproporz und die Einführung des Nationalratsproporz wurde primär damit begründet, dass es für die Wähler einfacher sei, wenn für kantonale und nationale Wahlen nur ein Proporzsystem gelte. Die SVP konnte schon 2006 diesem Argument nicht folgen, weil wir die Zuger Wahlberechtigten für genügend intelligent halten, die verschiedenen Wahlgänge auseinander zu halten. Zudem ist es Aufgabe der Parteien, die Wähler auf die Unterschiede aufmerksam zu machen. Die SVP ist der Auffassung, dass der Nationalratsproporz ohne die Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen näher am bewährten Listenproporz ist als mit der Möglichkeit Listenverbindungen einzugehen. Wir unterstützen deshalb die Forderung nach einem Verbot der Listenverbindungen.

Wahltermine

Die SVP ist gegen eine Auftrennung der Wahltermine. Diese Problematik wurde 2006 in der Kommission ausgiebig und unter Vorbringen aller Bedenken und Einwände diskutiert und so beschlossen. Die Situation hat sich seither nicht geändert.

Die SVP des Kantons Zug bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bittet Sie, unsere Haltung zu berücksichtigen und diese dem Gesamregierungsrat zu unterbreiten.

Freundliche Grüsse

SVP des Kantons Zug

Moritz Schmid, Fraktionschef